



Arbeitspapier Sicherheitspolitik, Nr. 6/2015

Fünf Illusionen über das System Putin

von *Stefan Meister*

Im Kontext der Ukraine-Krise, die sich zu einer grundlegenden Krise des Westens mit Russland ausgeweitet hat, spielen „hybride Kriegsführung“, Propaganda, Verschwörungstheorien und vor allem unterschiedliche Perzeptionen eine wesentliche Rolle. Gerade im westlichen Diskurs beeinflussen einige Fehlinterpretationen mit Blick auf die Machtstrukturen in Moskau die Bewertung der Krise.

Russland indes wähnt sich sowohl durch die militärische Stärke einer von den USA dominierten NATO als auch von der EU-Nachbarschaftspolitik bedroht. Zudem schließt Moskau aus den westlichen Interventionen im Kosovo, im Irak oder in Libyen, dass der Westen die Regeln des Völkerrechts stets für den eigenen Nutzen auslegen würde.

Im Folgenden sollen fünf zentrale Illusionen im Verständnis des Verhältnisses des Westens zu Russland und der inneren Entwicklung in dem Land hinterfragt und einem Realitäts-Check unterzogen werden. Damit verbunden sind die Beantwortung folgender Fragen: Wer ist schuld am Konflikt mit Russland? Gibt es eine politische Alternative zu Putin? Geht von den Oligarchen eine Gefahr für Putin aus? Hat die russische Führung wirklich ein Interesse an einer stabilen Nachbarschaft? Ist China ein alternativer Modernisierungspartner für Russland anstelle der EU?

Illusion 1: Der Westen ist schuld am Konflikt mit Russland.

Ein zentrales Argumentationsmuster im Konflikt zwischen Russland und dem Westen ist, dass aggressive Erweiterungspolitiken von NATO und EU nach Osteuropa und zunehmend in den postsowjetischen Raum Auslöser dieses Konfliktes gewesen wären. Russland würde sich eingekreist fühlen und müsste sich gegen eine expansive Politik des Westens wehren.

Diese Argumentation würde voraussetzen, dass es einen strategischen Plan von NATO und EU gibt, aktiv den postsowjetischen Raum zu integrieren und Russlands Macht zu begrenzen. Im Gegensatz zu Russlands Integrationsprojekten, allen voran der Eurasischen Wirtschaftsunion, beruht die Integration in NATO und EU jedoch auf Freiwilligkeit und nicht auf einem Druck- und Anreizsystem.

Es mag ein US-amerikanisches Interesse gegeben haben, Georgien und der Ukraine eine NATO-Beitrittsperspektive, die die Führungen beider Länder angestrebt haben, während des Gipfels in Bukarest 2008 anzubieten. Jedoch scheint dieses Interesse nicht so groß gewesen zu sein, dass Washington dem

Druck wichtiger anderer Mitgliedsstaaten der Allianz, besonders Deutschland und Frankreich, nachgegeben hat, doch lieber auf einen langfristigen Annäherungsprozess unter Einbindung Russlands zu setzen. Eine Mehrheit der Georgier und seit dem Krieg in der Ostukraine erstmals auch der Ukrainer dagegen sehen die NATO-Mitgliedschaft als Garanten für Sicherheit gegenüber einem immer aggressiver auftretenden Russland.

Auch die Abneigung einer Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten, den Ländern der Östlichen Partnerschaft (ÖP) eine Beitrittsperspektive zu geben, hat sich erneut auf dem Riga-Gipfel im Mai gezeigt und führt zu einer wachsenden Enttäuschung in diesen Ländern. Gleichzeitig gilt die Assoziierung mit der EU als Chance, sich zu modernisieren.

Der Hauptgrund für den sich verschärfenden Konflikt zwischen Russland und dem Westen liegt nicht in der Aggression des Westens, sondern im Legitimationsdefizit des Systems Putin. Mit der globalen Finanzkrise 2008/2009 wurde deutlich, dass das russische Wirtschaftswachstum von 2000 bis 2008, das vor allem auf dem Export von Rohstoffen basierte, jedoch jegliche Grundlage für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Modernisierung fehlt. Damit war auch der Gesellschaftsvertrag – wachsender Wohlstand für politische Inaktivität – von Seiten des Regimes nicht mehr zu einzuhalten. Die Massendemonstrationen 2011/2012 in Moskau und Sankt Petersburg im Umfeld der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen haben dem Regime gezeigt, dass es die Unterstützung eines wachsenden Teils der Gesellschaft aufgrund von Modernisierungsdefiziten verloren hat.

Als Reaktion darauf hat Wladimir Putin mit seiner Rückkehr ins Präsidentenamt 2012 seine Macht nach Innen durch Druck auf die Opposition, unabhängige Medien und Zivilgesellschaft abgesichert sowie durch massive mediale Propaganda gegen den Westen unterstützt. Die Annexion der Krim gegen den Willen des Westens hat Putin Legitimität in der Bevölkerung zurückgegeben, mit Zustimmungsraten von über 80 Prozent (im Gegensatz zu zeitweise unter 40 Prozent 2013). Die Mobilisierung einer Mehrheit der Gesellschaft gegen innere (vom Westen bezahlte NGOs, Opposition, Medien) und äußere Feinde (der Westen und insbesondere die USA) ist zur zentralen Legitimationsressource des Systems Putin geworden. Die russische Führung hat im Moment kein Interesse, dieses Feindbild aufzugeben und die Auseinandersetzung um die Ukraine zu lösen, da dann die Wirtschaftskrise und die Modernisierungsdefizite wieder in den Vordergrund treten würden.

Illusion 2: Putin ist nicht zu ersetzen und nach ihm wird es nur schlimmer.

Wladimir Putin hat seit seiner Wahl zum Präsidenten 2000 systematisch seine Machtposition ausgebaut und loyale Personen aus dem Sicherheitsapparat, insbesondere dem Geheimdienst, und aus seiner Zeit in der Sankt Petersburger Verwaltung in den 1990er Jahren in Schlüsselpositionen gesetzt. Gleichzeitig ist Putin ein Moderator zwischen verschiedenen Gruppen, die nicht im westlichen Sinne Interessengruppen sind, sondern in dem einen oder anderen Abhängigkeitsverhältnis von Putin stehen. Korruption ist systemimmanent, Loyalität basiert in höchsten politischen Führungskreisen auf den Möglichkeiten des Präsidenten, Ressourcen zu verteilen. Trotzdem muss Putin einen Interessenausgleich zwischen diesen Gruppen finden und Konflikte ausgleichen.

Aufgrund der oben erwähnten Legitimierungsdefizite und der Entscheidung für Repression anstatt Modernisierung hat Putin seit seiner Wiederwahl 2012 die bis dahin bestehende Balance zwischen dem eher wirtschaftsliberalen Teil der Elite und den Vertretern des Sicherheitsapparates (die „Silowiki“ im russischen Sprachgebrauch) mit dem Ziel des Machterhalts zugunsten der zweiten Gruppe verschoben. Das hat zu Konflikten und Umverteilung von Ressourcen innerhalb der Elite geführt.

Gleichzeitig ist Putin eine PR-Figur, die dem Bedürfnis einer großen Mehrheit der Bevölkerung nach einer starken, nationalen Führungsfigur Rechnung trägt. Zentral für die Generierung hoher Zustimmungsraten ist ein bestimmtes Bild von der Figur Putin, das Medien und Propaganda im öffentlichen Diskurs erschaffen. Teil dieses „Mythos Putin“ ist, dass er unersetzlich wäre (so wie Boris Jelzin auch zeitweise im öffentlichen Diskurs dargestellt wurde) und dass nur er Stabilität und eine politische Berechenbarkeit garantieren würde. Jedoch genauso wie man Jelzin ersetzen konnte und ein eher unbekannter Geheimdienstoffizier russischer Präsident werden konnte, wäre es möglich, eine neue Person durch mediale Unterstützung aufzubauen – allerdings nur, falls ein Konsens darüber in den Elitenzirkeln besteht.

Ob Russland noch nationalistischer oder aggressiver nach Putin wird, bleibt abzuwarten. Auch wenn die aktuelle Führung Ressentiments in der russischen Gesellschaft fördert, sind Intoleranz, imperiale Nostalgie, ein wachsender russischer Ethnonationalismus, Paternalismus und anti-westliches Denken Teil der politischen Kultur in der russischen Gesellschaft.

Illusion 3: Je schlechter die ökonomische Lage in Russland wird, desto mehr wird der Druck der Oligarchen auf das System wachsen.

Über die Stabilität des Systems Putin und die Gefahren eines ökonomischen Zerfalls gibt es verschiedene Theorien, die eher etwas mit Kreml-Astrologie zu tun haben als mit der Realität. Die Demonstrationsbereitschaft einer großen Mehrheit der Russen ist 2015 auf einem Tiefstand und viele, die 2011/2012 auf der Straße waren, sind jetzt Patrioten oder haben das Land verlassen.

Einer der wichtigsten Erfolge von Wladimir Putin bei der Konsolidierung seiner eigenen Machtposition war die Zähmung der Oligarchen. Während mächtige Personen hinter Jelzin, wie Boris Beresowski und Wladimir Gussinski, emigrierten, statuierte Putin mit Michail Chodorkoswki ein Exempel, das die Dominanz des Staates über die Wirtschaft zementierte. Alle unter Putin erfolgreichen Oligarchen stammen entweder aus seinem ehemaligen Umfeld im Geheimdienst und aus Sankt Petersburg oder haben sich den neuen Regeln angepasst. Nur der Präsident entscheidet, wer welche großen Unternehmen übernehmen kann.

Gleichzeitig haben die globale Finanzkrise 2008/2009 und die westlichen Sanktionen in der Ukraine-Krise die Abhängigkeit der Oligarchen vom Staat weiter wachsen lassen. Seit 2009 war es einigen Oligarchen nur über Kredite der großen staatlichen Banken möglich, ihre Auslandsschulden zu refinanzieren. Dieser Trend hat sich 2014 mit den Finanzsanktionen im Kontext des Krieges in der Ostukraine verstärkt, da sich der Zugang zu und die Refinanzierung von Kreditrückzahlungen über den internationalen Finanzmarkt für viele russischen Unternehmen geschlossen haben. Damit muss erneut der Staat mit seinen Banken einspringen und wächst die Abhängigkeit weiter: Die Loyalität gegenüber Putin ist zu einer wichtigen Voraussetzung für das finanzielle Überleben vieler russischer Oligarchen geworden.

Sollte der politische und ökonomische Druck auf sie allerdings noch weiter wachsen, besitzen praktisch alle Oligarchen Immobilien, Bankkonten oder Investitionen innerhalb der EU oder den USA und könnten das Land ohne Probleme für immer verlassen.

Illusion 4: Russland und die EU haben ein gemeinsames Interesse an einer stabilen Nachbarschaft.

Während die EU-Nachbarschaftspolitik dazu dient, neben dem Erschließen neuer Märkte in erster Linie durch Modernisierung von politischen und wirtschaftlichen Strukturen die Länder der ÖP zu stabilisieren, erscheint die russische Politik in dieser Region vor allem als destabilisierend und revisionistisch. Für die

russische Führung ist das zentrale Ziel, den eigenen postsowjetischen Einflussbereich abzusichern und durch den Westen anerkannt zu bekommen.

Sezessionskonflikten auf den Territorien der postsowjetischen Nachbarstaaten zu fördern, ist dabei zu einem wichtigen Instrument der Kontrolle und Einflussnahme auf diese Länder geworden. Mit der schleichenden russischen Eingliederung von Südossetien und Abchasien seit 2008, der Annexion der Krim 2014 und dem Krieg in der Ostukraine verfolgt die russische Führung das Ziel, eine Integration dieser Staaten in EU und NATO zu verhindern.

Gleichzeitig erscheint aus Moskauer Sicht eine „Bosnisierung“ (im russischen Sprachgebrauch „Bosnisatsia“) der Ukraine attraktiver als deren Europäisierung – lieber dauerhaft instabile Territorien, die Moskau direkt oder indirekt kontrollieren kann, als Einflussverlust. Dabei werden über hybride Kriegsführung Staaten destabilisiert und in einem intransparenten Umfeld, das die Staaten selbst nicht kontrollieren können, kriminelle Strukturen gefördert. Das Ergebnis sind die Manifestierung schwacher Staaten und deren weitere Destabilisierung, falls nötig bis hin zu „failed states“. Aus der Perspektive Moskaus hat Nichtintegration in den Westen Vorrang vor sozioökonomischer Entwicklung. Der Nordkaukasus und allen voran Tschetschenien unter Ramsan Kadyrow sind Beispiele dafür, wie Russland mit der politischen und ökonomischen Entwicklung der eigenen Peripherie scheitert und letztlich mafiöse Strukturen finanziert, damit diese für Ruhe sorgen, und wie es damit den Terror und Unkontrollierbarkeit auch auf eigenem Territorium weiter befördert.

Illusion 5: Russland hat eine alternative Entwicklungsoption mit China und der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Russland hat vor allem ein Diversifizierungsproblem in Bezug auf den Export von Rohstoffen. Die gesamte Pipeline-Infrastruktur ist auf den europäischen Markt, inklusive Türkei und Ukraine, ausgerichtet. Damit generiert Russland einen großen Teil seiner Einnahmen aus dem Export in den stagnierenden Markt EU. Die Wachstumsmärkte in Asien hat es praktisch nicht erschlossen, erste Abkommen mit China kommen in der Umsetzung nur schleppend voran, und in einer Situation eines Konfliktes mit der EU gerät Moskau damit in eine schlechtere Verhandlungsposition gegenüber Peking.

Im Gegensatz zur EU bietet China kein Modernisierungsmodell für Russland. Das Ziel chinesischer Politik ist es, durch die Vergabe von Krediten und den Bau von Infrastruktur Zugänge zu Rohstoffen zu erschließen und neue Märkte für die eigenen Produkte zu schaffen. Dabei findet neben der begrenzten Entwicklung der dafür nötigen Infrastruktur kaum eine Modernisierung in den Zielländern statt. Russland würde mit der jüngst propagierten Ausrichtung auf China eher ein Rohstofflieferant bleiben, als zu einem Produzenten von hochwertigen Produkten werden, und somit nur Juniorpartner für Peking sein. Trotzdem sollte das Potential der beiden Staaten, US-dominierte internationale Institutionen zu schwächen, nicht unterschätzt werden, da zwischen ihnen eine echte Interessenkongruenz besteht.

Die Kooperation mit der EU hat in einigen Bereichen zu einer Modernisierung in Russland geführt, die aber aufgrund der Barrieren für Wettbewerb und Investitionen durch die Dominanz des Staates eine begrenzte Wirkung hat. Gleichzeitig bietet die Eurasische Wirtschaftsunion mit dem am Modell der EU orientierten Ziel eines gemeinsamen Raumes von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit nur ein begrenztes Entwicklungspotential für ihre Mitgliedsstaaten. Das liegt an der geringen Innovationsfähigkeit der beteiligten postsowjetischen Staaten, der begrenzten Bevölkerungszahl und der unterentwickelten Infrastruktur.

Mit Blick auf die Gründungsstaaten ergänzen sich die Volkswirtschaften von Russland und Kasachstan wenig, da sie beide in erster Linie auf dem Export von Rohstoffen basieren. Die Integration zwischen Belarus und Russland war bereits im Rahmen des bestehenden Unionsstaates weit fortgeschritten und für Moskau wegen der Subventionen im Öl- und Gasbereich bisher eher ein Verlustgeschäft. Auch Länder wie Armenien

und Kirgistan sind aufgrund ihrer Strukturdefizite und einseitigen Abhängigkeit vom russischen Markt eher Kosten- als Nutzenfaktoren. Einseitig von ihm selbst finanziert, befördert Russland durch ein in erster Linie ein bilaterales Anreiz- und Drucksystem die Integration in die Eurasische Wirtschaftsunion und verfestigt damit gleichzeitig die bestehenden Modernisierungsdefizite in diesen Ländern.

Ein bereits mehrfach – zuletzt von der Bundeskanzlerin – vorgeschlagenes Modell einer europäisch-russischen Freihandelszone von „Lissabon bis Wladiwostok“ hat Moskau bislang weitgehend ignoriert. Das Konzept einer gemeinsamen Freihandelszone ist erstmals vom russischen Präsidenten Putin der EU 2011 vorgeschlagen worden, jedoch damals von der EU-Politik als wenig realistisch kaum ernst genommen worden. Dagegen ist von russischer Seite im Kontext des Konfliktes um die Ukraine die Eurasische Wirtschaftsunion als Instrument gegen den Einfluss von Instrumenten der EU-Nachbarschaftspolitik in der postsowjetischen Region ausgebaut worden.

Dr. Stefan Meister ist Programmleiter „Osteuropa, Russland und Zentralasien“ am Robert Bosch-Zentrum der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Der Autor gibt seine persönliche Meinung wieder.